Nummer 38 — Halle, Mittwoch, den 14. Februar 1923 — 58. Jahrgang
Einzelpreis: 75,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Werktag nachmittags. Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 1550.00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich 1650.00, in den Ausgabestellen abgeholt 1500.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigenmillimeter-Zeile kostet im Textteile 100 Mark, im zweiten Textteile 150.00, im dritten Textteile 125.00, Reklamen die Millimeter-Zeile 400.00 im Textteile und Mark 300.00 im zweiten Textteile. Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelnummern 7431. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 54. Drahtanschrift: „Saalezeitung Halle-Saale". Bankverbindung: Landesbank Provinz Sachsen, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 52813. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugsbestellungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Beginn des laufenden Monats zulässig

Bonar Law über die Ruhrkrise.

Der englische Ministerpräsident stellt den völligen Mißerfolg fest / Hoffnung auf Gelegenheit zum Intervenieren / 60 Kohlenzüge nach dem unbesetzten Deutschland Der Ueberfall auf Gelsenkirchen / 100 Millionen Mark als „Sühne" / Die Mark steigt weiter.

Die englische Thronrede.

„Unsere Herzen sind bei den Alliierten."
Frankreich auf dem Irrweg.

London, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Rede des englischen Königs im Oberhaus befaßte sich zunächst mit der Haltung Englands gegenüber den Alliierten in der Frage der Ruhrbesetzung. Der König führte folgendes aus: „Die Konferenz, die im letzten Dezember in London über die deutschen Zahlungsverpflichtungen abgehalten worden war, ist im Januar in Paris fortgesetzt worden. Meine Regierung hat in ihrem Bestreben, eine befriedigende Lösung der Reparationsfrage zu beschleunigen, einen Verbündeten weitgehende Konzessionen in der Frage ihrer Schulden an England an. Ich bedauere es außerordentlich, daß es unmöglich war, eine allgemeine Uebereinstimmung zu erzielen. Die französische und belgische Regierung haben daher beschlossen, die von ihnen für gut befundenen Pläne in die Tat umzusetzen, und die französische Regierung hat ihre Aktion durchgeführt. Meine Regierung hat, da sie sich weder diesen Plänen widersetzen noch aber auch an ihnen teilnehmen wollte, eine Haltung in dem Sinne eingenommen, daß die Schwierigkeiten ihrer Verbündeten nicht noch erhöht werden." Bezüglich der Verhandlungen in Lausanne führte der König aus, er bedauere es außerordentlich, daß trotz des von den Alliierten bewiesenen versöhnlichen Geistes und der von ihnen beabsichtigten Konzessionen die Unterzeichnung des Friedensvertrages in letzter Stunde noch durch die türkische Weigerung verhindert worden sei; er hoffe jedoch, daß die türkische Regierung noch rückhaltloser Einsicht in die Verhandlungsvorschläge doch noch den Vertrag annehmen werde.

*

Im Unterhause wurde die Debatte über die Thronrede durch den Führer der Opposition eröffnet. Ramsay Macdonald drückte die Meinung der Arbeiterpartei dahingehend aus, daß die französische Ruhrbesetzung keinen Erfolg haben könne. Er beklagte den Geist, der in den Alliierten gelebt habe, als sie die Reparationspolitik in Versailles einigingen und forderte die Aufrechterhaltung der Politik wohlwollender Neutralität gegenüber den Ereignissen an der Ruhr. Nach ihm sprach Asquith, der frühere ehemalige Premier. Das Reparationsprogramm Lloyd Georges sei nicht immer die ganze zivilisierte Welt und werde seine Spuren über sie. Es bestehe keine Neigung, Deutschland vor der Zahlung der Reparationen leichten Herzens zu entbinden. Man könne auch nicht hoffnungslos sein, daß Frankreich sich um seine künftige Sicherheit sorge, aber es frage sich noch, ob es noch einen schlechteren Weg zur Erlangung dieser Sicherheiten gehen könne, als sich an der Ostgrenze ein zweites Elsaß-Lothringen anzueignen. Asquith erklärte ferner, es sei ein Bekenntnis der Unfähigkeit Europas und besonders der Alliierten, wenn es noch nicht gelungen sei, nach vier Jahren voller Konferenzen zu einer endgültigen Lösung der Reparationsfrage zu kommen. Nach Asquith ergriff Bonar Law das Wort. Er wies zunächst darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit ein Sinken um 25 Prozent zeige und das Geschäftsleben sich ständig bessere. Zur Lage im nahen Osten sagte er, niemand in Britannien wolle Krieg, und er hoffe aufrichtig und glaube fest, daß auch keine Kriegsgefahr besteht. Allerdings dürfen die Türken nicht zu sehr auf die britische Kriegsmüdigkeit zählen. Zum Reparationsproblem habe Britannien seinerzeit vorgeschlagen, daß Deutschland 2.000 Millionen begleichen solle, auf dieser Basis möge verhandelt werden. Er glaube, das französische Gesicht der Unsicherheit sei der Grund für die Verwerfung der britischen Reparationsvorschläge auf der Pariser Konferenz gewesen. Bonar Law machte dann einen wichtigen Hinweis auf die Ruhrfrage, indem er sagte, die französische öffentliche Meinung habe die Lage nicht erkennen wollen, ehe die Besetzung des Ruhrgebiets versucht wurde. Ich fühlte es mit Gewißheit, daß Frankreich mit dem Einschlagen dieses Weges etwas tat, was nicht allein für Europa, sondern auch für Frankreich verhängnisvoll werden würde. Nach unserer Ansicht würde es gefährlich und verhängnisvoll für das Wirtschaftsleben werden. So hat es sich auch erwiesen. Was ich befürchtete, hat sich ereignet, und das ist noch nicht das Ende. Die Ruhr ist die Schlagader des europäischen Industrielebens und Frankreich hat sich selbst mehr Schaden zugefügt als anderen.

Der erste Eindruck der Thronrede in Paris.

Paris, 14. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Der „Temps" scheint nicht zufrieden zu sein, denn er schreibt: „Da die englische Regierung die Absicht erkennen läßt, uns keine Schwierigkeiten zu bereiten, werden wir uns hüten, über ihre Haltung zu diskutieren, aber was in der Thronrede nicht zum Ausdruck kommt, ist, daß die Aufgabe, die Frankreich und Belgien sich gestellt haben, leichter sein würde, wenn England sie gebilligt oder an der Durchführung teilgenommen hätte. Im übrigen werden wir unsere Zwecke erreichen, gleichviel, ob das leicht sein wird oder nicht."

Ruhe und Besonnenheit.

Von führenden Wirtschaftskreisen wird der „Telegraphen-Union" aus dem Ruhrgebiet gemeldet: Die Stimmung der Bevölkerung hat sich im Einbruchsgebiet in den letzten Tagen unter dem Druck der fortgesetzten französischen Gewalttaten und Rechtsbrüche ohne Frage erheblich verschärft. Es ist dringend zu wünschen, daß die gepreßte Bevölkerung auch gegenüber den neuesten Ausbrüchen französischer Roheit Ruhe und Besonnenheit wahrt. Die Beantwortung der französischen Gewaltpolitik durch Gewalt würde der militärischen Polizei Frankreichs nur förderlich sein, während das zielbewußte Festhalten am kalten, zähen passiven Widerstand alle Aussicht hat, den Vertretern der hemmungslosen Gewaltpolitik den Erfolg aus den Händen zu schlagen. Unter der Ueberschrift „Vor schweren Tagen" meldet der „Vorwärts" aus Dortmund u. a.: Am Dienstag haben die Vertreter der Behörden, der Industrie und des Handels aus dem Ruhrgebiet in Hamm Besprechungen über die allgemeine Lage geführt. Insbesondere wurden die Sperrmaßnahmen der Besatzung sowohl für Kohle wie metallurgische Produkte erörtert. Es bleibt festzustellen, daß sämtliche Vertreter der genannten Instanzen über den Ausgang des gegenwärtigen Kampfes optimistischer Auffassung sind. — Die schwersten Tage in dem augenblicklichen Ringen stehen noch bevor. Nichts könnte den Franzosen angenehmer sein, als Vorkommnisse, die zu neuen militärischen Zwangsmaßnahmen auch nur den geringsten Anlaß bieten könnten. Daher gilt Ruhe jetzt als erste Pflicht! Der übergroße Teil der Bevölkerung entspricht dieser Notwendigkeit in gebührendem Sinne, trotz der jämmerlichen Flegeleien französischer Kriegsgefangener und -soldaten.

Ueberfall auf Gelsenkirchen.

Gelsenkirchen, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern früh drangen starke Teile französischer Kavallerie, Artillerie und Tanks von Rechtenfleck kommend in die Stadt Gelsenkirchen ein. Die Hauptwache am Polizeipräsidium wurde unter Anwendung von Gewalt entwaffnet. Die Polizeibeamten wurden abgeführt. Sie wurden unterwegs häufig geschlagen und mußten im Parademarsch gehen. Es war sichtlich darauf abgesehen, sie so schmachvoll wie möglich zu behandeln. Man nimmt an, daß die Besetzung infolge des Zwischenfalles am Tage zuvor erfolgt ist. Zunächst wurde die fünf Bremse starke Wache „Bismarck" entwaffnet, ferner unter Besetzung von Tanks die Polizeiwache „Mitte" nach vorübergegangenem Feuergefecht. Die dortigen Beamten wurden durch Kolbenschläge mißhandelt und ebenso wie die Beamten der Wache „Bismarck" auf der Straße entgehaltene Beamte, insgesamt 25 Mann, fortgenommen. Später wurde das Rathaus und das Polizeipräsidium unter starkem militärischem Aufgebot besetzt. Der Oberbürgermeister und sein Stellvertreter sowie der Polizeipräsident Stieler und der Kommandeur der Schupo wurden verhaftet. Vor dem Hauptamt Gelsenkirchen, wo beharrlich die Schupo untergebracht ist, erschien eine Kavalleriekompanie und verlangte durch einen Dolmetscher Angabe der Namen der an dem Vorfall des Vorjahres beteiligten Beamten, was jedoch abgelehnt wurde. Gelegentlich der vorübergehenden Besetzung des Fernamtes wurden auch die Post- und Telegraphendirektoren festgenommen. Nachher wurden sie jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt. Gegen 5 Uhr 45 nachmittags rückten die französischen Truppen unter Mitnahme der Festgenommenen ab.

100 Millionen Mark Strafe für Gelsenkirchen.

Gelsenkirchen, 14. Febr. (Eigene Drahtmeldung.) Für die Vorfälle, bei denen zwei französische Gendarmen in der Notwehr von deutschen Schutzpolizeibeamten verwundet wurden, ist der Stadt Gelsenkirchen eine Kontribution von 100 Millionen Papiermark auferlegt worden, die bis heute morgen zu zahlen ist. — Der Besatzungsbehörde dieser Gewaltmaßnahme ging eine zweistündige Unterredung der beiden Bürgermeister mit der Besatzungsbehörde voraus; die beiden deutschen Herren wurden verhaftet, da sie sich weigerten, diese Kontribution anzuerkennen, geschweige denn zu zahlen. Nachmittag fand daraufhin eine außerordentliche Stadtverordnetensitzung statt, in der eine energische Protestentschließung gegen den französischen Willkürakt angenommen wurde. In dieser Entschließung kommt ebenfalls zum Ausdruck, daß eine Verpflichtung der Stadt zur Zahlung dieser Buße nicht anerkannt werden könne, da den deutschen Schutzpolizisten eine Schuld an den Zwischenfällen nicht beigemessen werden kann.

Auf jeder Lokomotive ein Deutscher als „Geisel".

Paris, 14. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Wie der „Intransigeant" meldet, werden alle Bahnhöfe im Ruhrgebiet nur noch von französischen und belgischen Bahnkommissaren geleitet werden. Auf den im Ruhrgebiet verkehrenden Zügen soll neben dem Lokomotivführer regelmäßig ein Deutscher als Geisel Platz finden, um damit den Gefahren deutscher Sabotage zu begegnen.

Ausweisungen und Verhaftungen.

Wiesbaden, 14. Februar. Der Bürgermeister Travers, der seit 1920 seit der Ausweisung Glaessings die Geschäfte des Oberbürgermeisters geführt hat, ist gestern früh ausgewiesen worden. Er wurde um 7 Uhr aus dem Bett geholt und sofort ins unbesetzte Gebiet transportiert. Ausgewiesen wurden ferner der Studiendirektor Hoefer, der Führer der Demokratischen Partei, Oberregierungsrat Völcker, und der Landrat Schlitt vom Landkreis Wiesbaden. Die vorgestern vollzogene Verhaftung des Bürgermeisters von Rohwinkel, Dr. Landberg, erfolgte mit Hilfe einer starken französischen Truppenabteilung mit aufgepflanztem Bajonett. Der Verhaftete wurde im Auto nach Elberfeld abgeschoben und auf der Landstraße in einem Außenbezirk abgesetzt. Ausgewiesen wurden ferner Bürgermeister Vereshein, Oberbahnhofsverwalter Schwartz in Ehrang, Forstmeister Lennartz in Saarburg. Verhaftet wurden in Karthaus Eisenbahningenieur Mauelshagen, Reserveloko motivführer Flecht und Hilfsfeuerwerker amberts. In Aachen ist der verantwortliche Redakteur der sozialistischen „Freien Presse", Ernst Palcher, von den Belgiern gefesselt abgeführt und sofort ausgewiesen worden. Seiner Familie wurde nur eine Aufenthaltsfrist von drei Tagen bewilligt.

Amnestie-Justiz.

Brechten, 13. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Der Bergmann und Gastwirt Cras, der am Verdingungstage des Bergmanns Haumann beteiligt wurde, ist wegen Besitzes eines Revolvers mit 45 Tagen Gefängnis und 100 000 M. Geldstrafe vom Kriegsgericht Castrop verurteilt worden.

Neue Wege gegen den Wucher.

Zuchthausstrafe. — Anprangerung im eigenen Schaufenster.

Bei der Beratung des Notgesetzes im Reichstag am vergangenen Montag hat der rheinische sozialistische Abg. Stollmann erklärt, die Sozialdemokratie wolle aus diesem Notgesetz ein Kampfgesetz gegen alle diejenigen machen, die aus Selbstsucht und Raffgier die deutsche Front erdolchen. Der Sitzungsbericht verzeichnet zwar zu diesen Worten nur ein „Sehr richtig links". Man darf aber ruhig annehmen, daß sie den Beifall des ganzen Hauses hatten und daß alle Parteien es als eine heilige, als eine vaterländische Aufgabe betrachten, ihre ganze gesammelte Kraft gegen die Hauptschäden dieser Tage, den Wucher und die Preistreiberei, einzusetzen. Denn alle noch so heroischen Opfer der Ruhrbevölkerung und alle Opfer, die noch von dem unbesetzten Deutschland gefordert werden, müssen vergeblich bleiben, wenn der Widerstand durch Habsucht und Profitgier unterwühlt wird, wenn es nicht gelingt, diesen Exkrementen des deutschen Volkes, die, statt selbst Opfer zu bringen, nur darauf aus sind, ihre Taschen zu füllen, das schmutzige Handwerk zu legen. Es ist ein geradezu gemeingefährlicher Standpunkt, bedauernd die Achseln zu zucken und zu sagen, dagegen sei nichts zu tun; die fortschreitende Teuerung sei einfach eine Auswirkung der mangelnden Produktion und des sinkenden Geldwertes. Das hieße schlechthin jedem Wucher und jeder Preistreiberei einen Freibrief ausstellen und dem Volke alle und jede Hoffnung rauben. Im Gegenteil muß von allen beamteten Stellen aus alles getan und nichts unterlassen werden, um die Masse vor diesen Schändern des deutschen Namens zu schützen. So schwach ist denn auch der Staat nicht, daß er tatenlos zusehen müßte, wie gewissenlose Gesellen sich an der allgemeinen Not bereichern.

Aber freilich ist er auch nicht so allmächtig, daß er von sich aus allein all diese Schändlichkeiten verhindern könnte. Er kann nicht in die Kontore der Produzenten, der Großhändler, kann nicht hinter jeden Zwischenhändler und jede Bäuerin, kann nicht in den Laden jedes Kleinhändlers einen Schutzmann stellen. Im früheren Obrigkeitsstaat war es noch einigermaßen begreiflich, wenn jeder sich darauf verließ, daß der Vater Staat schon helfen werde. In demokratischen Deutschland ist jeder selbst ein Stück des Staates und muß selbst mithelfen. In der Tat ist denn auch, unsere Wuchergesetzgebung ausreichend, wenn man sich nicht gerade auf den Standpunkt stellt, wie gewisse Hetzsporne, daß für Wucher und Preistreiberei, für Zurückhaltung von Waren usw. die Todesstrafe eingeführt werden müsse. Man käme dabei auch leicht in Verlegenheit, wo eigentlich der Anfang zu machen wäre. Man sollte aber füglich meinen, daß auch hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen, wenn sie nur rücksichtslos angewandt werden, ein zweckmäßiges Abschreckungsmittel seien. Das Notgesetz sieht denn auch auf vorsätzliche Zuwiderhandlungen gegen die Strafvorschriften wider Preistreiberei, Schleichhandel, verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände und unzulässigen Handel nicht nur Freiheitsstrafen von drei Monaten und mehr und Geldstrafen von hunderttausend Mark und mehr vor, sondern ordnet daneben auch stets die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung durch eine Tageszeitung sowie den öffentlichen Anschlag auf Kosten der Verurteilten an. Und zwar erfolgt dieser öffentliche Anschlag nicht nur an den Anschlagsäulen, Gemeindetafeln usw., sondern in erster Linie an und in dem Geschäftsraum des Schuldigen selbst. Er muß also seine eigene Schande an seiner Ladentür, in seinem Schaufenster und in seinen eigenen Geschäftsräumen verkünden, und jeder Käufer wird auf diese Weise erfahren, mit wem er es zu tun hat.

Daß mit dieser Gesetzestestimmung nicht gespaßt wird, dafür liegen schon Beweise vor. In der Reichshauptstadt wurden am gestrigen Dienstag wegen Preistreiberei und ähnlicher Delikte die Namen von 35 Kaufleuten und Händlern und wegen Zurückhaltung von Waren im Werte von vielen Millionen, die zudem noch beschlagnahmt worden sind, die Namen von weiteren 14 Händlern öffentlich angeprangert. Wenn in diesem Tempo erbarmungslos fortgefahren wird, dann wird man sich davon eine recht heilsame Wirkung versprechen dürfen. Eine solche rasche Wirkung ist auch um so notwendiger, als die Regierung noch ein weiteres Mittel ergriffen hat. Es ist kein Zweifel, daß die Markbesserung um fast hundert Prozent in vierzehn Tagen auf Interventionen der Reichsbank zurückzuführen ist, die große Devisenbeträge auf den Markt geworfen hat. Da die Preise mit jedem Sprunge des Dollars in die Höhe gingen, so ist es also höchste Zeit, daß sie jetzt ebenso rasch wieder sinken. Dazu kann und muß die Bevölkerung aber das Ihrige beitragen. Jede Preistreiberei, jeden Wucher, jede Zurückhaltung von Waren muß sie unnachsichtig zur Anzeige bringen und jede falsche Scheu und Rücksicht dabei beiseite lassen. Dann wird es rasch anders und besser werden. Der Staat ist stark und mächtig, wenn seine Bürger und Bürgerinnen nur wollen.

Heutiger Stand des Dollars 23441!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230214015/fragment/page=0001

Der Reichspräsident in Mannheim.

Mannheim, 13. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Reichspräsident Ebert hielt im Mannheimer Rathause, wo eine große Anzahl von Vertretern aller Schichten der Bevölkerung zusammengekommen war, eine Rede, in der er zunächst des tiefen Eindrucks gedachte, den die Kundgebung in Karlsruhe auf ihn gemacht hatte. Der Reichspräsident fuhr dann fort: „Wir sind nach Mannheim gekommen, weil wir uns sagten, hier liegt der Brennpunkt des wirtschaftlichen Lebens Badens, hier liegt der Brennpunkt des Landesverkehrs. Hier ist zu befürchten, daß sich der Kampf wirtschaftlich am stärksten, am fühlbarsten für unser Volk geltend macht. Wir dürfen uns keinen Hehl darüber machen, daß der Kampf, den wir führen, ein wirtschaftlicher Kampf ist. Wir setzen unsere geistigen und technischen Fähigkeiten ein in einem Kampf, wo der Gegner mit brutalen Mitteln der Gewalt uns entgegentritt. Wir werden schwere Opfer bringen müssen, und insbesondere wird sich das in Mannheim geltend machen. Es ist auch möglich, daß der Gegner die Hand nach dieser Stadt ausstrecken wird. Da ist es mir ein Bedürfnis, gerade in Mannheim im Namen der Reichsregierung zu erklären, daß wir ohne Vorbehalt entschlossen und bereit sind, dem Lande und auch Mannheim bei allen diesen Eingriffen, bei allen den Schäden, die daraus entstehen können, mit unserer ganzen Kraft brüderlich zur Seite zu stehen.

*

Darmstadt, 14. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Reichspräsident Ebert ist gestern nachmittag von Mannheim kommend hier eingetroffen. Die Herren wurden am Bahnhof vom hessischen Staatspräsidenten Ulrich empfangen und fuhren darauf nach dem Staatsministerium, wo eine Besprechung stattfand, zu der die Vertreter aller staatlichen und städtischen Behörden aus dem ganzen Lande, insbesondere auch aus dem besetzten Gebiet, von Handel und Industrie, der Beamtenschaft und der Geistlichkeit, sowie zahlreiche Abgeordnete, zusammen etwa 150 Personen, erschienen waren. Staatspräsident Ulrich begrüßte den Reichspräsidenten, worauf dieser eine Ansprache hielt, in der er darauf hinwies, daß die Reichsregierung es als ihre Pflicht betrachtet, nach dem Einbruch der Franzosen in Süddeutschland mit den in Betracht kommenden Regierungen und den berufenen Vertretern der Länder Fühlung zu nehmen. Die Parole müsse sein: Ein Wille, ein Weg und ein Ziel. Es gilt die deutsche Zukunft zu sichern! Stürmischer Beifall folgte den Ausführungen des Reichspräsidenten. Eine große Anzahl Redner brachten darauf ihre Wünsche und Klagen über die große Bedrängnis teilweise in drastischen Beispielen zum Ausdruck. Der Reichspräsident begab sich kurz nach 9 Uhr wieder nach Berlin.

Die Gütersperre.

Münster, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Verkehrssperre hat sich verschärft. Der Verkehr ins unbesetzte Gebiet ist so gut wie eingestellt. Seit gestern werden auf den Kontrollstellen alle Sendungen mit Eisenerzeugnissen angehalten. Bei Hengsten ist auf freier Strecke eine Kontrolle für alle Postzüge eingerichtet worden. Die Güterdiebstähle nimmt zu. Der Personenzugverkehr wird durch die Kontrolle sehr erschwert. Die Züge erleiden dadurch große Verspätungen. Seit gestern kontrollieren die Franzosen Personenzüge auf Waren. Die Personenzüge werden an der Grenze des besetzten Gebietes angehalten und von fremdem Militär nach Waffen untersucht. Die Soldaten begnügten sich vorläufig mit einer oberflächlichen Untersuchung des Reisegepäcks. Eine genauere Kontrolle dagegen erstreckte die Güterzüge. Eine ganze Reihe von Sendungen ist im Laufe der vergangenen Nacht und heute vormittag beanstandet worden, weil es sich angeblich um Fabrikate handelt, die unter das Ausfuhrverbot fallen. Wie von zuständiger Seite ferner mitgeteilt wird, ist es den deutschen Eisenbahnern gelungen, seit dem 6. Februar noch 60 Kohlenzüge ins unbesetzte Gebiet zu leiten. Die Franzosen sind bisher nicht in der Lage gewesen, Kohlenzüge in größerem Umfang aus dem besetzten Gebiet nach Frankreich und Belgien abzuführen. Seit zwei Tagen versuchen sie auf der Strecke Jünkerath–Trier einen größeren Kohlenzug abzufahren.

Keine Verhandlungsbereitschaft der deutschen Industrie.

London, 14. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Abgeordneter Pinkertell vom Reichsverband der deutschen Industrie erklärte einem Vertreter des „Daily Telegraph", er sei von Stinnes, Thyssen und anderen führenden Persönlichkeiten der Ruhrindustrie ermächtigt worden, in ihrem Namen zu erklären, daß alle Nachrichten, wonach sie zu Verhandlungen bereit seien, unbegründet sind. Zwischen der deutschen und der französischen Industrie seien alle Beziehungen abgebrochen. Für Deutschland sei nur eine Verhandlungsmethode möglich, nämlich mit der Botschafterkonferenz oder mit der Reparationskommission, also mit der Gesamtheit der Alliierten.

Versagen der Internationale.

Frankfurt, 14. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Der erste Sekretär des Internationalen Amsterdamer Gewerkschaftsbundes Fimmen sprach gestern abend vor den Funktionären des Frankfurter Gewerkschaftskartells über die Weltlage. Nachdem er den schlechten Stand der Arbeiterbewegung Frankreichs, Italiens und Englands gekennzeichnet hatte, bedauerte er, daß die Amsterdamer Internationale bei der Ruhrbesetzung die Erwartungen der deutschen Arbeiterschaft nicht erfüllt habe. Angesichts der Ohnmacht der Arbeiterschaft in den alliierten Ländern sei es nahezu unmöglich, die Arbeitermassen zu einem internationalen Generalstreik zu veranlassen.

Verhaftung des Essener Bürgermeisters.

Essen, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Heute vormittag gegen 7 Uhr ist Bürgermeister Dr. Schäfer, der die Geschäfte des als Ernährungsminister in Berlin tätigen Oberbürgermeisters Dr. Luther führt, von den Franzosen in seiner Wohnung verhaftet worden und nach Bredeney, dem Wohnsitz des kommandierenden Generals, gebracht worden. Im Hotel Kaiserhof wohnt die interalliierte Kommission, deren Bedienung das Personal verweigerte. Daraufhin hat die Entente-Kommission das Hotel beschlagnahmt. Im Laufe des Tages ist die Lichtzufuhr nach dem Hause unterbrochen worden. Der französische Stadtkommandant von Essen, Oberst Mathieu, erschien mit einem Adjutanten gestern nachmittag beim Bürgermeister Dr. Schäfer und verlangte die Instandsetzung der Lichtleitung nach dem Hotel Kaiserhof. Dr. Schäfer hat dem Stadtkommandanten geantwortet, daß das Elektrizitätswerk ein Privatunternehmen sei und daß er sich an den Direktor des Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerkes wenden müsse, wenn der Schaden behoben werden sollte. Sollte Bürgermeister Dr. Schäfer verhaftet bleiben, so ist zu erwarten, daß die gesamte Beamten- und Arbeiterschaft Essens geschlossen die Arbeit sofort niederlegen wird.

Eine ernste türkische Note.

Paris, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Nach dem „Temps" hat gestern die türkische Regierung eine unfreundliche Note in Paris überreicht. Sie hebt hervor, daß nach türkischer Auffassung die Alliierten nicht das Recht haben, Minen im Hafen von Smyrna zu beseitigen oder Truppen auszuschiffen. In beiden Fällen würde die türkische Regierung einen feindseligen Akt erblicken. Andererseits hebt die Note hervor, daß die Türkei nicht mehr an dem Waffenstillstand von Mudros, sondern nur noch an dem von Mudania festhalten könne. Die Lage ist ernst, da die Extremen im türkischen Lager sehr stark geworden sind. Aus Athen wird gemeldet, daß die griechischen Gesellschaften gewarnt worden sind, ihre Schiffe durch die Dardanellen fahren zu lassen. Es fährt also kein Schiff mehr nach Konstantinopel.

Englands Friedensbereitschaft.

London, 14. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Außenminister Lord Curzon hat General Harrington telegraphisch ersucht, Ismed Pascha nach seiner Ankunft in Konstantinopel mitzuteilen, daß England nach immer bereit sei, den Lausanner Vertragsentwurf zu unterzeichnen. In politischen Kreisen Konstantinopels erklärt man, daß nach der Ankunft Ismed Paschas in Angora eine Spaltung zwischen ihm und Rizah Nurri Bey unvermeidlich (?) sein werde. Ismed Pascha werde die Unterzeichnung des Vertragsentwurfes der Nationalversammlung vorschlagen, während Rizah seine Ablehnung beantragen werde. In englischen Kreisen glaubt man jedoch, daß der Einfluß Ismed Paschas überwiegen werde.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 13. Februar. Im Reichstage nahm am Dienstag Justizminister Dr. Heinze bei der Beratung des Justizhaushaltes zu den schwebenden Rechtsfragen Stellung. Vorher hatte Dr. Kahl (DVP.) eine nachtundige Rede gehalten, in der er auch eine Entlastung des Reichsgerichts forderte. Er erinnerte dabei an die Kriegsschuldigten-Prozesse und gab den Franzosen den guten Rat, erst einmal ihre eigenen Kriegsschuldigen aus den letzten vier Wochen vorzunehmen, dann würden sie genug zu tun haben. Das Gesetz zum Schutze der Republik hielt der Redner für überflüssig und rief damit den Widerspruch der Linken hervor. Auch der demokratische Abgeordnete Brodauf gedachte mit Teilnahme der vielen Opfer fremder Willkür namentlich der Opfer der „grande nation". Er wies auf die Nöte der Anwälte hin. Dr. Heinze gab dann in großen Zügen Auskunft über den konkreten Stand der Rechtspflege, die sich der Not der Zeit anpassen müsse. Der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches liege dem Kabinett vor, er werde aber wahrscheinlich in den nächsten Monaten nicht vorwärtskommen, da durch die Bedrohungen im Westen andere Fragen dringlicher geworden sind. Dasselbe gelte von vielen anderen Reformentwürfen. Die bayerischen Volksgerichte, so stellte der Redner fest, widersprachen nicht der Reichsverfassung. Der Fechenbach-Prozeß werde im Ausschuß geprüft werden. Der Minister kündigte einen Entwurf zur Entlastung des Reichsgerichts an. Die Anwaltsgebühren sollen grundlegend geändert werden. Unter dem Beifall des Hauses hob der Minister hervor, daß Rechtsprechung und Wissenschaft aus den bestehenden Gesetzen außerordentlich viel schöpfen können, und daß wir gar nicht so viel Gesetzsmacherei brauchen. Die Ehescheidungsreform sei keine dringliche Aufgabe. Der Minister schloß mit der Aufforderung an den Reichstag, auch dem Auslande gegenüber unser gutes Recht zu verteidigen und wieder zu erobern. Der Abg. Beyerlein (Bayr. Vp.) wandte sich gegen jede Erleichterung der Ehescheidung und gegen eine Gleichstellung von unehlicher und ehelicher Kindschaft. Nachdem Abg. v. Gräfe (Dt.-völk.) sich gegen die Maßregelung nationalsozialistischer Anhänger verwahrt hatte, beschwor Herr Ledebour ein wildes Sturmlinge herauf, als er Hindenburg und Ludendorff als Kriegsverbrecher bezeichnete und ihr Aburteilung forderte. Lebhafte Zwischenrufe im ganzen Hause wurden laut, und es wäre beinahe zu einem Handgemenge zwischen den Kommunisten und anderen Abgeordneten gekommen. Es hagelte Schimpfworte, und nur mühsam schaffte der Vizepräsident Dr. Bell Ruhe, indem er daran erinnerte, daß die Augen der ganzen Welt jetzt auf Deutschland gerichtet seien. Nach kurzer weiterer Aussprache wurden die Beratungen abgebrochen und auf Mittwoch vertagt.

Neues vom Tage

Jesus und der Westfale.

Das rauhe Benehmen des echten Westfalen gegenüber allem Fremdartigen beleuchtet eine Sage: Christus der Herr wandelte einst mit seinen Jüngern durch das zu seiner Zeit noch unbewohnte Westfalenland und redete mit ihnen vom Reiche Gottes und an seiner gottlichen Sendung. Thomas aber, der Zweifler, tat seinen Mund auf und sprach: „Herr, wärest du von Gott gesandt und der Sohn des lebendigen Gottes, so erbarmtest du dich über dieses fruchtbare Land und schufest Menschen, die seiner Früchte froh genießen könnten!" Da nahm Christus seinen Wanderstab, stieß ihn gegen einen am Wege liegenden Steinblock und sprach: „Werde!" Und siehe, wieder kam Leben in den Stein, und ein Mensch erhob sich von der Erde, hatte die Faust gegen den Herrn und sprach: „Was stößt du mich?" Dann wandte er sich gegen den Kreis seiner Jünger und rief: „Ihr zu Nahauen, wat dauchet ga die op meinem Grund und Boden?" Das war der erste Westfale, und seine Nachkommen gleichen ihm zumeist noch heute.

Ein Franzosenfräulein mit Haarabschnitt bedroht. In der Neckinghauser Straße in Essen wurde beobachtet, wie ein deutsches Mädel mit einem französischen Machtmann schwatzte. Auf einen Pfiff erschienen mehrere junge Leute, die Miene machten, dem Mädel das Haar abzuschneiden, jedoch durch deren schnelle Flucht daran verhindert wurden.

Selbsthilfe eines Essener Maurers. Der Posten am Kaiserhof fuhr dauernd mit dem Bajonett in der Menge herum, um sie vom Vorgarten zu verjagen. Das ärgerte einen dort beschäftigten Maurer, der schließlich zu dem Posten ging, dessen Gewehr ergriff und ihm aus der Hand riß mit den Worten: Wer hat denn eigentlich hier zu sagen? Der Maurer warf das Gewehr über den Bauzaun der dort befindlichen Baustelle. Der Franzose flüchtete. Auch der Maurer machte sich daraufhin schleunigst aus dem Staube.

Einen schaurigen Fund machte ein Oberwachtmeister der Berliner Schutzpolizei, als er auf einem Dienstgange den Uebungsplatz Doberitz passierte. Etwa 300 Meter von der Straße Potsdam–Glienicke entfernt lagen die vollständig zerfetzten Leichen von drei Männern. Allem Anschein nach handelt es sich um Wiederkehrer, die ein Geschoß gefunden und beim Alimontieren zur Explosion gebracht hatten. Die Namen der drei Getöteten konnten bisher nicht festgestellt werden.

Straßenräuber. In der Lüdenheide bei Dortmund überfielen zwei Straßenräuber den Schlosser Hahmann, der mit dem Rade zur Arbeit nach Wäcke fahren wollte, rissen ihn zu Boden, wobei er einen Schulterblatbruch erlitt, und raubten ihm 100 000 Mark. Bald darauf verletzten sie den ebenfalls per Rad des Weges kommenden Landwirt Langes aus Wambern durch Schüsse so schwer, daß er bald nachher im Hause seines Schwagers starb. Dem Landwirt Langes wurden 20 000 M. und ein Scheck geraubt. Den Mördern ist man auf der Spur.

Eine Kalksperre am Ueberlaufen. Infolge des starken Niederschlags hat die Mohnesalksperre einen Stauinhalt von 132 Millionen Kubikmeter erreicht. Nur noch 5 Millionen Kubikmeter fehlen am Ueberlaufen.

Was heute ein Fahrmann kostet. Nach einer Berechnung des Stabibaurats von Eisenschein über die Motorschiffahrt muß im Jahre 1923 ein Motorkahn mit über 3 Millionen Mark Unkosten in Anfang gebracht werden.

Bisher 491 Kraftpostlinien in Deutschland. Das deutsche Liniennetz der Kraftpost ist in den letzten Jahren erfreulich gewachsen. Nach dem Stande vom Januar d. J. bestehen die Reichspost insgesamt 491 Kraftpostlinien mit einer Gesamtlänge von 9115 Km.; davon entfallen auf das alte Reichspostgebiet 364 Linien mit 4720 Km., auf Bayern 152 Strecken mit 3173 Km., auf Württemberg 35 Linien mit 920 Km.; dazu kommen in Bayern 24 Dreirad-Kraftpostfahrten im Uebertandverkehr mit einer Gesamtlänge von 284 Km. Die meisten Kraftpostlinien bestehen in Süddeutschland; denn zu den genannten Kraftpostfahrten in Bayern und Württemberg kommen noch 41 Linien in Baden mit 975 Km. In Ostpreußen und Oldenburg werden bisher keine Kraftpostlinien betrieben.

Robert Haberling
Internationale und Uebersee-Spedition
Lagerhäuser mit Bahn- und Wasseranschluß • Berlin W. 9.

Die Braunkohle im Film.

Eine Idee des Generaldirektors Pintschek (Halle).

(Nachdruck verboten.)

In den Räumen der Deutschen Lichtspiel-Gesellschaft in Berlin fand am 10. Febr. vor einem kleinen Kreis geladener Gäste die Generalprobe des vom Deutschen Braunkohlen-Industrie-Verein in Gemeinschaft mit dem Mitteldeutschen Braunkohlen-Syndikat hergestellten Filmes statt: Die Braunkohle, ihre Entstehung, Gewinnung und Verarbeitung. Der Film umfaßt eine Länge von 1500 Meter. Von anderen Industriefilmen unterscheidet er sich durch seinen systematischen Aufbau. Dadurch wird das Verständnis der industriellen Vorgänge erleichtert und gewinnt der Film eine ganz besondere Bedeutung für Lehrzwecke. Weiterhin unterscheidet sich der vorliegende Film von ähnlichen dieser Art durch eine außerordentlich weitgehende Verwendung von gezeichneten Filmen, sogenannten „Trickfilmen". Es ist der Versuch gemacht worden, die wichtigsten maschinentechnischen Vorgänge und sogar die geologischen Vorgänge, die zur Bildung der Braunkohle geführt haben, festzuhalten. Der Film kann für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, zum erstenmal die Ergebnisse geologischer Spezialforschungen dem Besucher vor Augen geführt zu haben. Ferner macht er zum erstenmal den Versuch, maschinentechnische Zeichnungen im Bilde lebendig werden zu lassen. Der Film ist auf eine Idee des Vorsitzenden des Deutschen Braunkohlen-Industrie-Vereins, Dr. Pintscheck (Halle) zurückzuführen. Bei der Bearbeitung des geologischen Teiles haben die Herren Dr. Potonié, Professor Gothan und Oberingenieur Teumer mitgewirkt. Bei der Bearbeitung des technischen und wirtschaftlichen Teiles wirkten mit die Herren Dipl.-Ing. Hirz und Dr. Ing. Pothmann (Halle). Der Film ist in sechs Abteilungen gegliedert. In der ersten Abteilung werden die hauptsächlichsten Angaben über die wirtschaftliche Bedeutung der Braunkohlen-Industrie hinsichtlich der Produktion, des Absatzes und der Leistung gemacht. In der zweiten Abteilung wird die geologische Bildung der Braunkohle dargestellt. Es kommen in dieser Abteilung, die ein Glanzstück des Filmes bildet, alle Vorgänge zur Darstellung, die für die Herausbildung eines normalen Kohlenflözes wirksam gewesen sind. Im dritten Teil wird der Aufschluß und die Gewinnung in einem Tagebaufelde, im vierten Teil der Aufschluß und die Gewinnung in einem Tiefbaufelde veranschaulicht. In beiden Fällen ist der Versuch gemacht, den hauptsächlichsten Gang der betriebstechnischen Vorgänge im Trickbild dem Beschauer vor Augen zu führen und zwar erstreckt sich diese Trickfilmdarstellung sowohl auf grundtrickliche als auf Schnittdarstellungen. Im Anschluß an diese Trickfilme werden Betriebsaufnahmen aus dem Gebiete des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues vorgeführt. Im fünften Teil kommt die Verarbeitung der Braunkohle in Brikettfabriken, Naßpreßanlagen, Schwelereien und Generatorbetrieben zur Darstellung. Ein Trickfilm erläutert schematisch den Gang der Kohle durch die Brikettfabrik, ein anderer gibt Aufschluß über die Wirkung der Brikettpresse und in einem dritten wird die Wirkungsweise eines Schwelofens zur Vorführung gebracht. Auch in diesem Teil werden noch eine Reihe von Betriebsaufnahmen gebracht. Der Schlußteil behandelt die sozialen und Wohlfahrtseinrichtungen des Bergbaues.

Auf die Anwesenden machte der Film einen ausgezeichneten Eindruck. Es wurde der Wunsch geäußert, daß auch der Stein-kohlenbergbau recht bald mit einer ähnlichen Darstellung hervortreten möge. P.

Wilhelm Tell.

Die Aufführung im Stadttheater.

Wie kein anderes Stück ist dieses hohe Lied des Freiheitskampfes eines Volkes geeignet, die Herzen zu entflammen. Der Schillersche Tell paßt in unsere Zeit, in der der Gestörkur im Ruhrgebiet das kerndeutsche Volk zur Gruppschicht zwingt. Man zieht ja auch den Hut vor manchem hohlen Schädel, sagt richtig der Wächter vor dem Zeichen der Tyrannei, warum sollte man ihn nicht vor einem Hut ohne Kopf darunter ziehen. Das Schweizer Volk war anderer Meinung. Nur Lumpen grüßten, die Frauen und Kinder lachten und die Männer machten einen Umweg. Nur Tell grüßte nicht. Und wir wissen, daß wir im Ruhrgebiet Tells genug haben, die sich energisch gegen die Fronvögte wehren.

Im großen und ganzen war die Darstellung der Hauptrollen gut. Franz Blitz als Wilhelm Tell spielte den aufrechten, stahlharten Mann mit dem weichen Herzen zuerst etwas unsicher, fand aber dann den kräftigen und edlen Ton, der diese Schillersche Figur zum ersten Helden eines Volkes stempelt. Fritz Hensel und Alfred Haller als Arnold von Melchthal und Konrad Baumgarten faßten die Rollen dieser beiden Schweizer Männer mit viel künstlerischem Verständnis auf. Der Werner Stauffacher Fritz Günzels, Robert Försters Freiherr v. Attinghausen waren prachtvolle Leistungen. Alfred Durra als Geßler verkörperte einerudzvoll den Tyrannen und rücksichtslosen Despoten. Elsa Strohm-Ambrosun als Gertrud und Paula Thetter als Bertha, sowie Luise Selling als Erbin waren lichtvolle Frauengestalten in diesem heißen Kampf um die Freiheit. Reicher Beifall lohnte die Darsteller, und namentlich die Rütliszene mit ihrer ernsten Mahnung und die anderen Szenen vaterländischer Begeisterung zogen die Zuhörer mächtig in ihren Bann. -ky.

Liederabend von Rose Walter.

Wer die Künstlerin in diesem für Mitglieder der Volksbühne veranstalteten Konzert zum ersten Male hörte, mochte leicht ein falsches Bild von ihr gewinnen. Manches hat gewiß nach ihrer Mitwirkung beim Hänsleriest und bei anderer Gelegenheit in schöner Erinnerung und hat nun, von gleich hoher Erwartung beseelt, eine feste Entäuschung nicht unterdrücken können. Denn leider war die Stimme merklich beeinflußt von der Unpunst der Witterung, die, wie jedermann bemerken konnte, ihre Wirkung sogar bis auf die klimatischen Verhältnisse auf dem Podium des Volkssaalanes ausübte. So kam es, daß der Sopran, wie von einem leichten Schleier bedeckt, nicht seine hellste kristallene Klarheit gewann, obwohl die Sängerin, was besonders anzuerkennen ist, mit großer Kunst über das Hemmnis hinwegzugleiten versuchte, und natürlich wurde dadurch auch die Kunst des Vortrags in ihrer Auswirkung beeinträchtigt, so daß manches unausgebracht blieb.

Trotzdem gab es an Rose Walters Gesang noch genug zu bewundern und zu genießen. Von unbeschreiblichem Reiz war das Piano, von dem sie in den Arien von Gluck und Händel wirkungsvoll Gebrauch machte. Unter den Liedervorträgen (darunter sechs Männerlieder!) sind als besonders gelungen Schuberts „Rosenband", von Reger die „Waldeinsamkeit" und „Maria Wiegenlied" und die „Freundliche Vision" von Strauß hervorzuheben. Für derartige anmutige, zart versonnene Stimmungen traf sie mit Glück den rechten Ton. Die Schwermut in Schuberts „Frühlingssturm" schien ihr ferner zu liegen. Und in „Gretchen am Spinnrad" fehlten die großen Steigerungen, da es gleich von Anfang an zu heftig angefaßt wurde. Ueberhaupt vermißte man öfters die gefühlsmäßige Dehnung und Verbreiterung einzelner Melodiephrasen. Rose Walter, die — wohl wörtlich zu nehmen — im Verlauf des Abends allmählich wärmer wurde, wurde mit zunehmendem Beifall ausgezeichnet und spendete zwei Zugaben. Am Klavierflügel begleitete Dr. Hans Goartz zuverlässig und anschmiegsam, aber in dem Bestreben, diskret zu bleiben, im ganzen mit zu wenig Ton.

Dr. H. Kleemann.

Prof. Dr. H. Albert, jetzt in Leipzig, früher in Halle, ist zum ordentlichen Professor der Musikwissenschaft an der Berliner Universität als Nachfolger Kretschmars ernannt worden.

Beim Tapeten, der durch seine feingeistigen Rezeptionen und spannenden Erzählungen sich schon zu den Lieblingsgesellschaftern des deutschen Lesepublikums gehört, hat ein neues Buch vollendet, das unter dem Titel „Brautfahrt" im Kürze im Verlag von Dr. Eugler & Co. L.-G. in Berlin erscheinen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230214015/fragment/page=0002